

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 71 (1993)
Heft: 1

Artikel: Kleines Lexikon : Erklärung einiger in der Wirtschaftsdebatte häufig gebrauchter Begriffe
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340986>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erklärung einiger in der Wirtschaftsdebatte häufig gebrauchter Begriffe

Liberalismus:

lat. liber = frei.

Im 18./19. Jh. war der Liberalismus eine polit. Bewegung, die sich gegen den Obrigkeitstaat richtete. Die Liberalen wollten die Kontrolle der individuellen Freiheit durch den Staat beseitigen und die durch die Franz. Rev. formulierten Menschenrechte durchsetzen. Insbesondere die Wirtschaftsfreiheit sollte gewährleistet sein. Heute hat der Begriff Liberalismus eine zwiespältigen Charakter: Einerseits ist damit eine freiheitliche politische Haltung gemeint (für Volksrechte, gegen „Schnüffelstaat“), andererseits aber auch ein einseitiger Wirtschaftsliberalismus, der die Privatiniziativ und den egoistischen Erwerbssinn über den solidarischen, gemeinschaftlichen Gestaltungswillen der Gesellschaft setzt und der Wirtschaftsmacht den Vorrang vor der Staatsmacht einräumen will.

Neoliberalismus:

griech néos = neu.

Im Kampf gegen die gemeinwirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Vorstellungen, die die Sozialdemokraten im Lauf des 20. Jahrhunderts entwickelten, griffen Wirtschaftstheoretiker wie Walter Eucken oder Friedrich A. von Hayek (Nobelpreisträger 1974) auf alte liberale Vorstellungen zurück und wurden deshalb als Neoliberale bezeichnet. Hayek war österreichischer Herkunft, lehrte aber später in England, den USA und in Deutschland. Seine

Lehre ist eine der Grundlagen der neoliberalen Politik, die unter Präsident Reagan zum Zug kam.

Neoklassik:

Als klassisch wird die Wirtschaftstheorie bezeichnet, die davon ausgeht, dass Angebot und Nachfrage auf dem freien Markt zu einem Gleichgewicht und damit zu „natürlichen Preisen“ führen. Hauptvertreter dieser „Klassik“ war der Schotte Adam Smith (1723—1790). Heutige Ökonomen, die gewisse Grundannahmen der Klassiker übernehmen, werden als Neoklassiker bezeichnet. Der Begriff der Neoklassik ist weitgehend identisch mit den Begriffen Neoliberalismus und Neokonservativismus.

Ordoliberalismus:

lat ordo = Ordnung.

Gemeint ist eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, in der der Staat nicht oder nur ganz minimal ins Wirtschaftsgeschehen eingreift. Begründer des Ordoliberalismus ist Walter Eucken (1891—1950). Ordoliberalismus bedeutet im allgemeinen Sprachgebrauch dasselbe wie Neoliberalismus.

Deregulierung:

Die Neoliberalen gehen davon aus, dass der Staat im Lauf des 20. Jahrhunderts viel zuviele Vorschriften erlassen hat, die die Entfaltung der Wirtschaft hemmen. Ge-

setzliche oder vertragliche Regelungen im sozialen und ökologischen Bereich, im Bereich der sozialen Sicherheit und im Bereich der Raum- und Bauordnung müssen nach ihrer Auffassung rückgängig gemacht, dereguliert werden. Eine Volkswirtschaft könnte auf dem Weltmarkt nur bestehen, wenn sie nicht durch zuviele Vorschriften gefesselt werde. Die konsequenten Neoliberalen wollen markt- und wettbewerbsbeschränkende Regeln auch dort abschaffen, wo sie von der Wirtschaft selbst eingeführt worden sind; sie plädieren also beispielsweise auch für das Verbot von Preisabsprachen und wettbewerbshemmenden Kartellen.

Revitalisierung:

lat. vita = Leben.

Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit ist seit einiger Zeit viel von Revitalisierung im Sinn einer Wiederbelebung der Wirtschaft die Rede. Für die Neoliberalen ist Revitalisierung praktisch gleichbedeutend mit Deregulierung. Gewisse neoliberale Politiker wünschen allerdings eine Deregulierung, die bestimmte Bereiche auslässt, also etwa die Freizügigkeit der Arbeitskräfte nicht konsequent verwirklicht (siehe unter Flexibilisierung) und die wettbewerbsbeschränkenden Kartelle weiterhin duldet.

Flexibilisierung:

lat. flectere = biegen.

Auch so ein Zauberwort, das weitgehend das gleiche meint wie Deregulierung: Die Wirtschaft soll durch Lockerung bestimmter Vorschriften beweglicher, anpassungs-

fähiger (flexibler) und damit konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt gemacht werden. Flexibilität wird dabei vor allem von den Arbeitskräften verlangt. Die Beschäftigung billiger weiblicher Arbeitskräfte auch in der Nacht und die Beschäftigung billiger und weitgehend rechtloser Grenzgänger und Saisoniers soll erleichtert werden. Kaderleute und Spezialisten aus dem Ausland dagegen sollen freien Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt bekommen.

Marktwirtschaft, Wettbewerbswirtschaft:

Anders als in der zentralen Planwirtschaft gibt es in der Markt- oder Wettbewerbswirtschaft im Prinzip keine staatlichen Produktionsanweisungen und keine Preisvorschriften. Auf dem freien Markt kann jeder und jede anbieten und kaufen, was er oder sie will, und der Preis der angebotenen Güter richtet sich nach der Nachfrage. Weil unter den Produzenten freier Wettbewerb herrscht, ist garantiert, dass rationell produziert wird und dass das produziert wird, was wirklich benötigt wird. Die Theorie von der Markt- und Wettbewerbswirtschaft abstrahiert weitgehend von den realen Verhältnissen, in denen das Ideal des freien Marktes nirgendwo existiert bzw. durch mannigfache Randbedingungen verfälscht ist. In der neoliberalen Diskussion werden die Begriffe „Markt“ und „Wettbewerb“ oft mit privater wirtschaftlicher Macht verwechselt. Wenn der Staat private wirtschaftliche Macht einschränken will, wird dies als unzulässiger Eingriff in den „freien Markt“ bezeichnet.

TK